

# Die Oktobristen (1905-1913) - Zielvorstellungen und Struktur. Ein Beitrag zur russischen Parteiengeschichte [Ernst Birth]

Autor(en): **Stettler, Peter**

Objektyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Schweizerische Zeitschrift für Geschichte = Revue suisse d'histoire = Rivista storica svizzera**

Band (Jahr): **24 (1974)**

Heft 3

PDF erstellt am: **24.09.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

der Persönlichkeit Jollys, in welchem der Verfasser die «Kontinuität vom Spätjosefinismus zum Kulturkampf» verkörpert sieht. Dabei gelingt der interessante Nachweis, dass die sogenannten sogenannten Kampfgesetze von 1873 bereits wesentlich in der badischen Gesetzgebung der späten 1860er Jahre präformiert worden sind: das gilt im besonderen vom «Kulturexamen» für Theologen, aber auch für eine den Kanzelparagraphen antizipierenden Verordnung und schliesslich für die Festlegung der Zivilehe. Um die gleiche Zeit lief der lange andauernde Kampf um die Nachfolge auf dem Freiburger Erzbischofsthuhl. So waren wesentliche Etappen bereits durchmessen, als sich 1870/71 im Zeichen der Infallibilitätserklärung der Kampf mit dem Katholizismus erneuerte. Der Verfasser betont übrigens in diesem Zusammenhang, dass der Einigungskrieg gegen Frankreich den badischen Liberalismus vor einem neuen schweren Rückschlag bewahrte, der sich um 1869/70 bereits abzeichnen begann. Interessant auch sein Hinweis, dass die von Baden empfohlene Unterstützungsaktion zugunsten antiinfallibilistischer deutscher Bischöfe im Herbst 1870 an der Gleichgültigkeit Bismarcks zunächst scheiterte, so dass vielleicht eine Gelegenheit vertan wurde, noch vor dem Ausbruch des preussischen Kulturkampfes eine nationalkirchliche Position aufzurichten zu helfen. Wenn Becker gelegentlich auf die Zusammenhänge von Wessenbergianismus und dem sich bildenden Altkatholizismus hinweist (S. 137f.), so hätte man diese Linie gern noch etwas verdeutlicht gesehen: wieviel war vom Wessenbergianismus noch am Leben, als der badische Katholizismus sich in den 1860er Jahren politisch formierte? Recht einleuchtend vermag der Autor in den abschliessenden Partien seines Buches darzutun, wie der «richtige» Kulturkampf nach 1871 – den Baden voll mitverfocht – dem Grossherzog deshalb verhältnismässig frühzeitig verleidete, weil er – abgesehen von der schweren Belastung für sein Land – die stabilisierenden Kräfte beider Konfessionen für den Kampf gegen die Internationale zu benötigen glaubte, darüber hinaus aber erkennen musste, wie sein Land gerade durch diese Auseinandersetzung immer mehr zu einem Annex Preussens zu werden drohte.

Der Verfasser bietet eine sehr kompakte und geballte, mehr analytische als narrative Darstellung, die fortwährend sozial- und institutionengeschichtlich vertieft wird. Für den schweizerischen Leser bemerkenswert sind noch verschiedene Hinweise auf die (nicht immer erfolgreiche) Aktivität Heinrich Gelzers als eines extrakonstitutionellen politischen Beraters am Hofe von Karlsruhe.

Zürich

Peter Stadler

ERNST BIRTH, *Die Oktobristen (1905–1913) – Zielvorstellungen und Struktur. Ein Beitrag zur russischen Parteiengeschichte.* Stuttgart, Klett, 1973. 203 S. (Kieler Historische Studien, Bd. 19.)

Der Schock der Niederlage im Krieg gegen Japan leitete in Russland mit dem Manifest des Zaren Nikolaus II. vom 17. Oktober 1905 eine, wenn

auch kurz bemessene Periode der Selbstbesinnung ein. Das Versprechen von Grundfreiheiten, die Zulassung von politischen Parteien und einer an der Gesetzgebung beteiligten Volksvertretung (Duma) eröffnete die Chance einer evolutionären Transformation Russlands, die die reformistischen Elemente in der russischen Gesellschaft wahrnehmen wollten. Zu diesen Kräften gehörte neben den linksliberalen konstitutionellen Demokraten («Kadetten») auch der «Verband des 17. Oktober», die sogenannten «Oktobristen», denen in der historischen Forschung bisher im Vergleich zu anderen Parteien kaum die nötige Beachtung geschenkt wurde. Während sich die bisher einzige Monographie des Oktoberverbandes, die unveröffentlichte Dissertation von J. F. Hutchinson (London 1966) auf die Darstellung der praktischen Dumaarbeit der Oktobristen beschränkt, unternimmt Birth in seiner Kieler Dissertation den verdienstvollen Versuch, in einer tiefeschürfenden Analyse der Sozialstruktur, der Zielvorstellungen und der Organisation den Gründen nachzuspüren, warum die Partei letzten Endes die Grundbedingungen für eine wirksame Reformtätigkeit in der Zeit von 1905 bis zum Zerfall der Oktobristenfraktion in der Duma 1913 nicht erfüllen konnte.

Der parteisozioologische Teil von Births Untersuchung weist bereits auf ein Merkmal hin, das die Stosskraft des Oktoberverbandes hemmte: die Heterogenität, die Buntscheckigkeit in der sozialen Zusammensetzung. Hervorgegangen aus der Tradition der Zemstvo-Bewegung verstand sich die Partei als breite, überparteiliche Sammlungsbewegung, als «Volkspartei», die es sich zum Ziel setzte, westliche und russische politische Überlieferungen miteinander zu verbinden. In Wirklichkeit beruhte sie aber lediglich auf einem Bündnis der Besitzenden: dem Gutsbesitzeradel (zum Beispiel Fürst A. V. Obolenskij) und dem Grossbürgertum (Parteiführer A. I. Gučkov, Schlüsselfigur der grosskapitalistischen Interessenvertreter, später Kriegsminister in der Provisorischen Regierung). Gut vertreten war auch die höhere Beamtenschaft, währenddem der Mittelstand, das Kleinbürgertum, die Arbeiter und Bauern kaum je erfasst werden konnten. Die tiefgreifendste Veränderung der Stellung im gesellschaftlichen und parteipolitischen Gefüge bis 1913 bewirkte das geänderte Wahlgesetz vom 3. Juni 1907, das den Einfluss der besitzenden Schichten, vor allem der adligen Gutsherren, weiter verstärkte und den Verband nicht bloss in eine linke und rechte Fraktion spaltete, sondern auch zunehmend der Konkurrenz der bürgerlichen Parteien der Nationalisten und der Progressisten aussetzte. Interessant ist der starke Anhang der Oktobristen im Lager der Altgläubigen und der in Russland ansässigen Deutschen.

Im zweiten Teil umschreibt der Autor den allgemeinen politischen Standort des Oktoberverbandes und seine Zielvorstellungen im einzelnen. Die Verbindung von Konservatismus und gemässigter Reform («Reformkonservatismus»), die Ablehnung jedes Extremismus, sowohl der Revolution als auch der Reaktion, weist auf einen «Kult der Mitte» hin, der sich ganz deutlich in der Stellungnahme zu den verschiedenen Einzelproblemen wider-

spiegelt: in der Bildungs- und Militärreform, im widersprüchlichen Bekenntnis zur konstitutionellen Monarchie unter gleichzeitiger Ausklammerung einer verfassungsgebenden Nationalversammlung (was Max Weber bekanntlich als «Scheinkonstitutionalismus» definiert hat), in der Ablehnung der parlamentarischen Regierungsweise und einer durchgreifenden Landreform. Die Werte der Freiheit, der Grundrechte und des Rechtsstaates einerseits, und der Ruhe, Ordnung und Sicherheit andererseits hat man stets in einem dialektischen Abhängigkeitsverhältnis gesehen. Die Freiheit verstanden die Oktobristen ausschliesslich als Voraussetzung zur Entfaltung persönlicher Initiative – eine Definition, die an den Wirtschaftsliberalismus im frühkapitalistischen Westeuropa gemahnt. Die Instanz, die diese funktional verstandene Freiheit herbeiführen, aber auch regulieren soll, ist der Staat. Das Staatsbewusstsein (gosudarstvennost) galt deshalb nicht von ungefähr als höchster Wert. Der Ruf nach dem starken Staat weckt zudem Assoziationen mit dem Wilhelminischen Obrigkeitsstaat, was auf deutsche Einflüsse in der politischen Mentalität der Oktobristen hinzuweisen scheint. Mit dieser Auffassung vom Staat deckt sich auch die Ablehnung von Autonomieforderungen und die Betonung der Einheit und Unteilbarkeit Russlands auf der Grundlage des grossrussischen Nationalismus.

Birth schliesst seine Analyse mit einer Darstellung des Selbstverständnisses und der Funktionsfähigkeit der Partei als Wahlkampforganisation. Als Versuch einer breiten Sammlungsbewegung war der «Verband des 17. Oktober» eine ausgesprochen lockere Organisation mit einem schwachen und undisziplinierten Apparat, der sich kaum über Moskau und Petersburg auszubreiten vermochte.

Dem Verfasser ist es auf überzeugende Weise gelungen, durch eine sorgfältige Verarbeitung des zahlreichen Quellenmaterials aus amerikanischen Universitäten, Bibliotheken und Archiven (Tageszeitungen, Flugblätter, Memoiren) eine Antwort zu finden auf die Frage nach der Reformfähigkeit der Oktobristen und letzten Endes – des russischen Liberalismus.

*Münsingen*

*Peter Stettler*

WERNER T. ANGRESS, *Die Kampfzeit der KPD 1921–1923*. Düsseldorf, Droste, 1973. 547 S. (Geschichtliche Studien zu Politik und Gesellschaft, Bd. 2.)

Bei der vorliegenden Monographie des Deutschamerikaners Angress, heute Professor für europäische Geschichte an der State University von New York, handelt es sich um eine Übersetzung und gleichzeitige Neubearbeitung der 1963 erschienenen, in Europa leider unbekannt gebliebenen amerikanischen Originalfassung unter dem Titel «Stillborn Revolution». Während für die Perioden 1924–1929 und 1929–1933 bereits Spezialuntersuchungen vorliegen, wird nun auch für den deutschen Leserkreis mit der Publikation dieses Standardwerkes zur Geschichte der Frühzeit der KPD dank den Bemühungen von Hermann Weber, der auch das Vorwort verfasst hat, eine empfindliche Lücke geschlossen. Die Untersuchung erstreckt sich über den Zeitraum